

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Perter, Industriehalle
Messeplatz-Zürich
Vorkaufungen
franco gegen franco.
Groschuliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
besen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gewert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gewert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
Die dreispaltige Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

N^o. 3.

Sonntag, 19. Oktober.

1879.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich besendet ist, bezu. verfolgt wird und die dortigen Verhältnisse sich alle Tage ändern, unter Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstige Sendungen nach dort abzulassen, so ist die kürzeste Postzeit im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf zu sein, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu lähmen. Haupterfordernis ist hierzu einträglich, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag (etwa abdrücken, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In weitestmöglichen Fällen empfiehlt sich belustigender Sicherheit Kommanditurs. Sodann an uns liegt, werden wir gemäß mehr Mähe nach Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Rechenchaftsbericht Der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

(Fortsetzung.)

Bis zu den Osterferien war die Session den erwähnten Gegenständen der Beratung, und außerdem der Feststellung des Etats gewidmet. Nach den Ferien hatte der Reichstag sich mit demjenigen Gegenstände zu beschäftigen, welcher den eigentlichen Grund zur Auflösung des vorigen Reichstages geliefert hatte: mit der „Zoll- und Wirtschaftsreform“ des Fürsten Bismarck.

Am 31. März 1881 läuft das sogenannte Septennat — der im Jahre 1874 auf sieben Jahre neubewilligte eiserne Militäretat — ab. Fürst Bismarck will nicht, daß der Militäretat nach Ablauf dieser Frist von den „Launen der Volkvertretung“, von den Zufälligkeiten des allgemeinen Stimmrechts abhängig sei: das „Reich“ soll „finanziell unabhängig“ sein. Unabhängig von den Einzelstaaten; und unabhängig von dem Reichstage. Es müssen daher frische und dauernde Einnahmequellen für das Reich geschaffen werden. Und zwar reichlich stichende; denn der Militarismus kostet Geld, viel Geld, von Jahr zu Jahr mehr Geld. Dabei geht freilich der Parlamentarismus zu Grunde — denn ein Parlament, das kein Budgetrecht hat, ist ohnmächtig und ein Spiel- oder Werkzeug der Exekutivgewalt — aber viel war ja an dem deutschen Parlamentarismus nicht mehr zu Grunde zu richten; die liberalen „Parlamentarier“ par excellence hatten es sich ja angelegen sein lassen, das Wort ihres Abgotts: „Der Parlamentarismus muß durch den Parlamentarismus todt gemacht werden“, zu verwirklichen und Lobengräberdienste am Parlamentarismus zu verrichten.

Auf die Bedürfnisse des das Fundament des Systems Bismarck bildenden Militarismus läßt sich der ganze „Wirtschafts- und Zollreform“-Plan des Fürsten Bismarck zurückführen. Der deutsche Reichskanzler ist heute gerade so viel und gerade so wenig Schutzollner, wie er vor zehn Jahren und bis zum verfloffenen Jahre Freihändler war. Damals brauchte er für seine politischen Zwecke die liberale Bourgeoisie; jetzt, nachdem er Alles von ihr erlangt, was sie ihm bieten konnte, und nachdem sie ihm die geforderten neuen Einnahmequellen verweigert — jetzt probirt er es naturgemäß mit den reaktionären Faktoren, und sucht sich durch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik die Mehreinnahmen zu verschaffen, deren er zur Erhaltung und Verstärkung des Militarismus nicht entbehren kann.

Der Nothstand, in welchem sich unsere Industrie befindet, erleichterte die Durchführung des Plans. Die goldenen Berge, die von den Aposteln des alleinigmachenden Freihandels-Evangeliums verheißten worden, haben sich als täuschende Fata morgana erwiesen; dem Milliarden-schwindel der ersten siebziger Jahre ist eine Krise gefolgt, die nun seit vollen fünf Jahren auf uns lastet, und alle Industriezweige schwer betroffen hat. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß ein großer Theil der Industriellen, diejenigen vor Allen — und es sind dies weitaus die Meisten —, welche über Ursprung und Wesen der gegenwärtigen Geschäftskrise im Unklaren sind, sich von dem Freihandel abwenden, dem sie fälschlicherweise hauptsächlich ihre traurige Lage zuschreiben, und mit der fieberhaften Hand des Kranken, der in seiner Verzweiflung sich dem besten Wundarzte in die Arme wirft, nach dem dargebotenen Heilmittel greifen, und vom Schutzoll die Erlösung von allen Uebeln erwarten.

Dazu kommt noch die klägliche Lage des deutschen Handwerks, das rasend schnell seinem Untergange zueilt, und mit ähnlicher Hast, wie ein Theil der Industrie, die Arme nach einem rettenden Strohalm ausstreckt. Und ferner der unbefriedigende Stand der deutschen Landwirtschaft, die prekäre Existenz der Masse unserer Mittel- und Kleinbauern, denen die vorgehaltene Lockspeise des Getreidezolls Visionen von hohen Getreidepreisen und paradiesischem Wohlfinden vorzaubert, während die reichen Grundbesitzer und Latifundialherren — namentlich des nördlichen und östlichen Deutschlands — gleich den englischen Landlords der guten alten Cornlaw-Zeit in einem Schutzoll auf Getreide das bequemste Mittel, ihr oft fälschliches Einkommen ohne Mühe um ein Erkleckliches zu steigern, erblicken mußten.

Das Wirtschaftsprogramm, welches Fürst Bismarck im Dezember des vorigen Jahres veröffentlichte, fiel unter solchen Verhältnissen auf günstigen Boden. Industrielle, Handwerker, Bauern, aristokratische und nicht aristokratische großgrundbesitzende Gönner des „Bruder Bauer“, unterstützt von der altpreußischen Bureaucratie, der das Liebdügel mit dem Liberalismus längst ein Greuel war, scharten sich um das neuentfaltene Banner, für das die offiziöse Presse nach Kräften die lärmende Reklametrömmel rührte — und es dauerte nicht lange, so ward es dem aufmerksamen Beobachter klar, daß die „wirtschaftliche Reformbewegung“, welche Fürst Bismarck mit agitatorischem Hochdruck

betrieben, auf keinen erfolgreichen Widerstand Seitens der Freihandelspartei stoßen würde.

Ein Glück war es für die Leiter jener „Bewegung“, daß ihr Sozialistengesetz auf sie keine Anwendung fand, denn in wüsterer, gehässiger Weise ist wohl niemals „der öffentliche Friede, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdet“, Klasse gegen Klasse, Stand gegen Stand, Gewerbezweig gegen Gewerbezweig, Land gegen Stadt, Stadt gegen Land, kurz jede „Interessengruppe“ gegen die andere so systematisch aufgebracht, die gemeinsten Leidenschaften so cynisch entfesselt, der nackte Interessenkampf, der Krieg Aller gegen Alle so rücksichtslos gepredigt und geführt worden, wie zu jener Zeit. Genug — mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten erklärten sich für das Programm des Reichskanzlers, dem von vornherein die Majorität im Reichstag gesichert war.

Kurz, der Freihandel hatte die Schlacht schon verloren, ehe der Kampf im Reichstage noch begonnen.

Die zweite Hälfte der diesjährigen Session war fast ausschließlich der Bismarck'schen Zoll- und Steuerpolitik gewidmet. Das, warum es sich für den Fürsten eigentlich handelte, waren die neuen Steuern und die sogenannten Finanzzölle, d. h. solche Zölle, deren ausgesprochenen Zweck die Fällung des Reichs-fäkels ist. Die Schutzzölle kamen erst in zweiter Linie, sie waren der Kaufpreis für die neuen Steuern und die Finanzzölle.

Durch die Verquickung der Schutzzölle mit den Finanzzöllen und Steuern brachte Fürst Bismarck den Reichstag in eine fatale Zwischmühle: für die Schutzzölle konnte er auf die Unterstützung des Zentrums, für die Finanzzölle und Steuern bis zu einer gewissen Höhe auf die Nationalliberalen, für diese wie für jene auf die Unterstützung der konservativen Fraktionen rechnen. Da aber die Konservativen sowohl mit dem Zentrum, als mit den Nationalliberalen vereint eine Majorität bildeten, so hatte Fürst Bismarck es in der Macht, nach Belieben die Liberalen durch das Zentrum und das Zentrum durch die Liberalen zu schlagen.

Ersteres ist denn auch auf das Gründlichste geschehen, letzteres dagegen erwies sich als überflüssig, da der Nationalliberalismus im Moment der Entscheidung bereits jeden Zusammenhalt verloren hatte, und „bündnisunfähig“ geworden war, so daß Fürst Bismarck es vorzog, über die Köpfe des Herrn von Bennigsen und seiner geprellten Kollegen hinweg mit dem Zentrum den famosen „Pakt“ abzuschließen, welcher der „politischen Heuchelei“ des Kulturkampfes ein Ende machte und die natürliche Bundesgenossenschaft des Säbels und der Kutte, des Bismarck'schen Staats und der orthodoxen christlichen Kirche beider Konfessionen zum Ausdruck brachte.

Unsere Stellung zu den Zoll- und Steuervorlagen waren klar vorgezeichnet.

Prinzipielle Gegner des Militarismus und des herrschenden politischen Systems, hatten wir Nein! zu sagen. Unser alte Devise: Dieses System keinen Groschen! war auch jetzt wieder unsere Losung. Aber es schien uns nothwendig, sie mit Hinblick auf die augenblickliche Lage von der Tribüne herab zu begründen.

Die Frage: ob Schutzoll oder Freihandel? ist für unsere Partei durch die allen Genossen bekannte Resolution des Gothaer Kongresses vom Jahre 1876 auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Jene Resolution lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der bestehenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzoll und Freihandel fremd gegenüber stehen; daß die Frage, ob Schutzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzoll eine Staatshülfe erstrebende Bourgeoisie die Kaffianen aus dem Feuer zu holen.“

Es war unsere Absicht in der Generaldebatte gemäß obiger Resolution des Näheren darzulegen, daß Freihandel und Schutzoll überhaupt keine prinzipielle Gegensätze sind, daß der internationale Freihandel, d. h. die Beseitigung aller Verkehrs-schranken zwischen den verschiedenen Staaten nur die notwendige Konsequenz des nationalen Freihandels ist, d. h. der Beseitigung aller Verkehrs-schranken zwischen den verschiedenen Theilen eines Staates: Dörfern, Städten, Bezirken, Provinzen; daß der internationale Freihandel sein nothwendiges Corrolat (Ergänzung) in einer internationalen Regelung der Arbeit, d. h. der Produktion finde; daß aber in bestimmten konkreten Fällen sich ein Schutzoll sehr wohl empfehlen könne, zum Beispiel, wenn eine junge lebensfähige Industrie dadurch

gegen die erdrückende Konkurrenz des kapitalistisch überlegenen Auslandes geschützt würde, oder wenn es gälte, die Produktion arbeitsreicher Arbeiter gegen die erdrückende Konkurrenz ausländischer Kinder- und Frauenarbeit zu schützen.

Die gegenseitigen Anschuldigungen der Freihändler und Schutzollner mußten uns sehr gleichgültig lassen. So lächerlich es war und ist, den Freihandel für die Krise, unter welcher die deutsche Industrie und der deutsche Handel leiden, verantwortlich zu machen, so lächerlich war und ist es, vom Schutzoll die Beseitigung der Krise zu erwarten. Schutzoll und Freihandel haben mit der gegenwärtigen Krise nicht das Mindeste zu schaffen. Es ist wahr, die Krise, welche seit fünf Jahren in Deutschland herrscht, ist durch die (wenn man die Mittel des Volkes betrachtet) kolossale Besteuerung zu Militärzwecken und durch die überstürzte, thörichte Gesetzgebung unweifelhaft gesteigert und verschärft worden, allein im Großen und Ganzen wurzelt dieselbe doch in den allgemeinen ökonomischen Verhältnissen. Schon der bloße Umstand, daß die Weltkrise der letzten Jahre die schutzollnerischen Staaten mit der nämlichen Wucht getroffen hat, wie die freihändlerischen, zeigt, daß die Ursache wo anders und tiefer liegen muß. Und für den, der die Wahrheit sehen will, und die Lehren der Nationalökonomie kennt, ist die Ursache offenbar, wie die Sonne. Es ist die, von dem Kapitalismus unzertrennbare Anarchie der Produktion, die es unmöglich macht, die Konsumtion mit der Produktion in Harmonie zu setzen. So lange dies nicht geschehen ist, vermag keine Gewalt der Erde, vermag nicht die größte Vorsicht, nicht der beste Wille der Einzelnen die periodische Wiederkehr der Krisen zu verhindern, die — selbstverständlich in Folge der stetigen Zunahme der Produktion durch Verbesserung und Erweiterung der Produktionsmittel — einen stets heftigeren Charakter annehmen, auf immer weitere Kreise und in immer kürzeren Zeiträumen ihre verberlichen Wirkungen ausüben müssen. Abgesehen von diesen periodischen Krisen liegt es in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Produktion überhaupt in rascherem Tempo fortschreitet als die Konsumtion, und daß sich, in Folge der kolossal sich steigenden Produktion bei zunehmender Verarmung der konsumierenden Produzenten, ein chronisches, stets klaffender werdendes Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion herausentwickelt, an welchem allein schon die heutige Gesellschaft zu Grunde gehen muß, und zwar in nicht allzu ferne Zeit.

Obgleich der von uns bestimmte Redner sich rechtzeitig zum Wort gemeldet, und Tag für Tag während der eine Woche in Anspruch nehmenden Generaldebatte die Redung erneuert hatte, so wurde er dennoch nicht zum Wort zugelassen. Also die einzige Partei, welche in dieser ganzen Frage einen prinzipiell oppositionellen Standpunkt einnimmt und eine von der allen übrigen Parteien grundverschiedene Auffassung besitzt, wurde daran verhindert, ihr kritisches Votum abzugeben!

Nach dieser Erfahrung waren wir von vornherein darauf gefaßt, von der Debatte über „die große Wirtschaftsreform“ ausgeschlossen, und höchstens bei untergeordneten Punkten, die keine prinzipielle, umfassende Behandlung erlaubten, zum Wort zugelassen zu werden. Wir waren um so mehr hierauf gefaßt, als die Gegner erwarten mußten, daß unsere Vertreter nicht nur über die wirtschaftliche Lage und deren Ursachen, sondern auch über die Wissenschaftlichkeit der Verteidiger des herrschenden Gesellschafts-systems sehr unliebsame Wahrheiten aussprechen würden. Und wir täuschten uns nicht.

Bei den beiden wichtigsten Spezialfragen, den Eisenzöllen und den Getreidezöllen, suchten wir zum Worte zu kommen, und zwar bei der zweiten und dritten Lesung, allein man wiederholte uns gegenüber die Taktik der Generaldebatte. Und als nunmehr einer der Unterzeichneten eine unwichtige Position bei den Eisenzöllen zu einer prinzipiellen Darlegung benützen wollte, wurde ihm dies Seitens des Präsidenten unmöglich gemacht, so daß die Ausführungen unvollständig blieben, und in ihrer Unvollständigkeit zu falsch-n, irrigen Auffassungen den Anlaß geboten haben. Zum Glück gelang es noch unmittelbar vor Schluß der Session, in der Generaldebatte dritter Lesung und gelegentlich der Position: Petroleum, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Bismarck'schen Zoll- und Steuerreformen annähernd zu präzisiren.

Auch bei den Debatten über die Tabaksteuer gelangten wir zum Wort.

Die Annahme der Regierungsentwürfe in der durch den „Pakt“ zwischen Konservativen und Zentrum modifizirten Form erfolgte mit großer Majorität. Die liberale Partei, die durch Bewilligung des Sozialistengesetzes sich politisch den Todesstoß verleiht und durch Abtretung des Reichstagspräsidiums an die liberal-konservative Allianz ihre politische Niederlage eingestanden hatte, war nun auch auf dem Gebiete besieg, wo sie ihre Hauptstärke hat: auf dem wirtschaftlichen.

Ueber die fünfmonatliche Session, die mit Annahme der Zoll- und Steuer-gesetze ihren von Bismarck bezweckten Abschluß gefunden und dem deutschen Volke eine Mehrbesteuerung im Betrage von 130 Millionen Mark aufgeschludt hat, ist hier nur noch wenig nachzutragen.

*) Ausgearbeitet und unterzeichnet ist diese Resolution von Brade, Fried, Frisbe, Grillenberger, Hasselmann, Liebnecht, Wok. (S. Protokoll des Sozialisten-Kongresses zu Gotha vom 19. bis 23. Aug. 1876, S. 90.)

Die bei Verabreichung des Sozialistengesetzes von allen Seiten versprochenen „positiven Maßregeln“, „zwar nicht zur Lösung der sozialen Frage, aber doch zur Milderung der sozialen Schäden“, glänzten durch Abwesenheit. Das Haftpflichtgesetz und die Frage der Altersversorgungslagen gaben zu längeren Debatten Anlaß, die jedoch im Sande verliefen. An der einen beteiligten wir uns, bei der andern hielten wir uns, aus taktischen Gründen, passiv. Die Frage wird den Reichstag noch weiter beschäftigen. Vermuthlich werden Gegenstände in einer der nächsten Sessoren wieder auf die Tagesordnung kommen, und uns Gelegenheit geben, mit eingehenden positiven Vorschlägen vor den Reichstag und das Volk zu treten. Wie schon früher durch das „Arbeiterschutzgesetz“, wollen wir in der nächsten Session durch ein Arbeiterorganisationsgesetz den wiederholten Beweis liefern, daß unsere Feinde irren, wenn sie die sozialdemokratische Partei eine Partei der reinen Negation, der wüsten Zerstörung und des allgemeinen Umsturzes nennen, die nicht wisse, was sie wolle. Wir werden zeigen, daß sie positive Vorschläge ausarbeiten versteht, was unsere Gegner bisher nicht verstanden oder nicht gewollt haben. Vermuthlich das letztere mehr, als das erstere.

Unter den zahlreichen Fragen, welche den Reichstag außerdem beschäftigten, sei noch der Wahlprüfungen und der Wucherfrage gedacht. Zu zwei Wahlprüfungen — der Waldenburger und der Offenbach-Quisburger Wahl —, bei denen unsere Partei direkt interessiert war, erhielten wir das Wort. Daß wir für die Freiheit der Wahl, gegen jegliche Beeinflussung, für eine strenge Untersuchung der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten eintraten, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung; daß es nutzlos geschah, versteht sich von selbst. Bei anderen Wahlprüfungen und in der Wucherfrage gelangten wir trotz aller Bemühungen leider nicht zum Wort. Es gehört ein sehr starker Glaube dazu, um in der That, daß bei so ziemlich allen prinzipiell bedeutenden Fragen unsere zum Wort gemeldeten Redner ignoriert wurden, ein neckisches Spiel des Zufalls zu erblicken.

Als zu Anfang der Session das Ungebürgergesetz verworfen ward, steckte der Reichstag daselbe nicht einfach in den Papierkorb, sondern übergab es, um der Reichsregierung das Weildliche einer Niedersetzung zu ersparen, der Geschäftsordnungscommission, welche die Sache beraten und seiner Zeit dem Reichstag Bericht erstatten, geeignete Vorschläge unterbreiten solle. Herr von Fördendeb, welcher das Ungebürgergesetz mit Recht auch als ein gegen ihn selbst gerichtetes Mißtrauensvotum der Reichsregierung betrachtete, griff kurz darauf eine Gelegenheit vom Zaun, um ad hominem und ad oculos zu demonstrieren, daß die Präsidialgewalt vollkommen zur Wahrung der Ordnung im Reichstag ausreiche: er entzog in der Belagerungsstimmungsdebatte einem der sozialistischen Abgeordneten das Wort, obgleich dieser weder den parlamentarischen Anstand verletzte, noch irgend von der parlamentarischen Ordnung abgewichen war, wie sogar entschieden gegenrhetorische Blätter seitdem zugegeben haben. So verübte denn der Präsident von Fördendeb bei dem Versuche, die Unmöglichkeit eines Attentates auf die parlamentarische Redefreiheit nachzuweisen, selber ein flagrantes Attentat auf die parlamentarische Redefreiheit.

Wenige Wochen nachher mußte er den Präsidentenstuhl räumen und — durch den halbhyponotischen Akt seiner parlamentarischen Selbstentthronung den parlamentarischen Selbstmord des Nationalliberalismus zum klassischen Ausdruck bringen. Die Geschäftsordnungscommission ist aber mit ihrem „Bericht“ nicht über die Beratung hinaus gekommen.

Sollte sie in nächster Session die Unvorsichtigkeit begehen, die Sache wieder aufzuwärmen, so wird sich — gewiß nicht zur Zufriedenheit der Regierung und der Ordnungsparteien — an zahlreichen Beispielen herausstellen, auf welcher Seite parlamentarischer Anstand herrscht, und nach welcher Seite hin der deutsche Reichstag zu seinem Schutze ein „Ungebürgergesetz“ braucht.

Aus dem Gesagten ersieht unsere Genossen, daß wir nicht die Schuld daran tragen, wenn nicht bei allen denjenigen Gelegenheiten, wo es erwartet werden konnte, ein Vertreter der Partei gesprochen hat. Wir haben unsere Pflicht so gut zu erfüllen versucht, als dies unter den gegebenen Umständen möglich war. Wir haben stets darauf gehalten, bei allen wichtigen Abstimmungen möglichst vollständig auf dem Posten zu sein. Jedemfalls hat keine der parlamentarischen Fraktionen Ursache uns Vorwürfe zu machen, denn keine Fraktion hat, wenn man die materiellen Verhältnisse in Betracht zieht, mehr Schwierigkeiten zu überwinden, als die unsere und oft haben unsere Gegner den Kopf im Stille geschüttelt, da sie nicht begreifen konnten, woher wir die Mittel für eine fünfmonatliche Session nahmen. Bei der endgültigen Abstimmung über die Zoll- und Steuervorlagen fehlte keiner von uns, und unser einstimmiges Nein, war sicherlich im Sinne und Geiste der Gesamtpartei, wie des, noch nicht für die Sozialdemokratie gewonnenen, unabhängig denkenden Theils der Bevölkerung.

In gegnerischen Blättern hat man uns Vorwürfe gemacht, weil wir in den Sitzungen des Reichstags wiederholt gefehlt. Der Vorwurf entbehrt jeder Begründung. Wir sind nicht gewählt worden, um im Reichstag die passive Rolle von Zuschauern und Zuhörern zu spielen, sondern um nach Kräften aktiv in die Debatten einzugreifen und im Interesse der Partei zu wirken. Im Interesse der Partei thätig sein, können wir aber nur bei der Behandlung solcher Fragen, die uns Gelegenheit zur Verfechtung unserer sozialpolitischen Prinzipien und Weltanschauung geben. Bei untergeordneten Fragen zu reden, bloß um zu reden, wäre weder im Interesse unserer Partei noch ihrer Würde angemessen. Wenn es sich nicht um wichtige Fragen handelte, hätten wir also keinen Grund im Reichstag anwesend zu sein, zumal wir alle Stellungen haben, die unsere Arbeitskraft voll auf in Anspruch nehmen. Um nicht überrascht zu werden, hatten wir die Anordnung getroffen, daß stets Einer von uns den Sitzungen beiwohnen mußte, der, sobald es sich nöthig erwies, den übrigen zu telegraphiren hatte.

(Schluß folgt.)

Die preussischen Landtagswahlen und ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie.

He. Aus der Provinz Sachsen, 14. Oktober. Der unerhörte, selbst die pessimistischsten Erwartungen und auch die Hoffnungen der Reaktion noch weit übertreffende Schlag, welchen

die beiden liberalen Parteien Preußens durch den Ausfall der Landtagswahlen erlitten haben, und die Bedeutung, welche dieses Wahleresultat für die Weiterentwicklung der Reaktion in Preußen und Deutschland hat, motiviren wohl eine nochmalige Besprechung dieses Themas in unserm Parteiorgan. Um nun den Ausgang der Wahlen und noch manches andere verstehen zu können, wollen wir zunächst einen kurzen Blick auf den Wahlmodus, sowie auf die Geschichte der preussischen Verfassung werfen.

Am 26. Juli 1848 überreichte die Verfassungs-Kommission der zur Vereinbarung einer Verfassung tagenden preussischen Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf, welcher außer Pressfreiheit, Versammlungsfreiheit, Civilehe, unentgeltlichem Volksschulunterricht, Volkswehr (neben dem stehenden Heere), Ministerverantwortlichkeit und Aufhebung des königlichen Vetos (wenn die Kammern ein Gesetz dreimal angenommen), Wählbarkeit der ersten Kammer durch die Kreisvertretung, Aufhebung der Titel und gleichem kommunalen Wahlrecht auch die Bestimmung enthielt, daß die Mitglieder des preussischen Abgeordneten-Hauses in gleicher, geheimer, indirekter Wahl gewählt werden sollten, welcher indirekter Wahlmodus später in gleiche, geheime, direkte Wahl umgewandelt werden konnte.

Von bekannten Parlamentariern gehörten zur Verfassungskommission Waldeck, welcher den ursprünglichen Entwurf des Entwurfs angefertigt, der aber schon in der Kommission stark nach rechts bearbeitet worden war; dann Balzer (Sprecher der freien Gemeinde in Nordhausen), Reichensberger und Wachsmuth. Indef war auch dieser Verfassungsentwurf der Regierung noch viel zu roth, ebenso wie die ganze Nationalversammlung selbst (obgleich die Nationalliberalen im heutigen Sinne darin ausschlaggebend waren), weshalb die Verammlung mit Waffengewalt auseinander getrieben und eine Verfassung oktroyirt wurde. Aber selbst diese oktroyirte Verfassung war der Regierung bald noch zu freisinnig und wurde sie deshalb noch mehrere Male „revidirt“.

Von den oben genannten Volksrechten war aber selbstverständlich bereits in dem von der Regierung eingebrachten Entwurf jede Spur ausgewezt. Das Meisterstück des Ministerium Manteuffel in Bezug auf die gewährte Scheinkonstitution war aber nächst der ersten Kammer mit ihrem vom König ernannten Mitgliedern ohne Zweifel das für die Wahl der Abgeordneten der zweiten Kammer hinfert gültige Dreiklassenwahlsystem.

Ein Beispiel wird dieses „schlechteste aller Wahlsysteme“ (wie Bismarck es zur Konfliktzeit nannte, als es nicht in seinem Sinne arbeitete) klar machen. Ein Kreis mit einer Einwohnerzahl von ca. 100,000 Einwohnern bildet einen Wahlkreis, welcher zwei Abgeordnete wählt. Nehmen wir an, dieser Wahlkreis brächte an direkten Steuern: Klassen- und Gewerbesteuer, Grund- und Gebäudesteuer 100,000 Thaler jährlich ein, so werden die Wähler (männlichen Einwohner über 24 Jahren) folgendermaßen in drei Klassen getheilt:

Erste Klasse: Diejenigen, welche die meisten Steuern bezahlen, so weit dieselben zusammen ein Drittel der Gesamtsteuer (also hier 33,333 $\frac{1}{3}$ Thaler) ausmachen — also von ca. 20,000 Wahlberechtigten eines Landtagswahlkreises erfahrungsmäßig etwa ein Zwanzigstel, das sind 1000 Wähler.

Zweite Klasse: Diejenigen, welche danach die meisten Steuern bis zum zweiten Drittel der Gesamtsumme bezahlen, etwa ein Fünftel, also 4000 Wähler.

Die dritte Klasse bildet der übrige Rest von 15,000 Wählern.

Der Wahlkreis wird nun in einzelne kleine Bezirke von 1500 Einwohnern zerchnitten, und die darin wohnenden zirka 300 Wähler 3. Klasse wählen zwei Wahlmänner, indem jeder einzelne Wähler vor den Wahlvorstand, bestehend aus Stadträthen und Fabrikanten, resp. Gutsherrn, Schulzen und Großbauern, hintritt und die beiden Wahlmänner laut nennt. Dann wählt die zweite Klasse — etwa 20—30 Urwähler — ebenfalls auf dieselbe Weise zwei Wahlmänner. Und schließlich die etwa 2—4 Wähler 1. Klasse ebenfalls zwei Wahlmänner; nicht selten ist aber auch nur ein einziger Wähler 1. Klasse im Bezirk. „Ich wähle mir und meinen Bruder,“ spricht nicht selten dieser mit der bekannten klassischen Redensart, und beide sind Wahlmänner. Die Wahlmänner kommen dann alle zusammen und wählen ebenfalls öffentlich vor dem Herrn Landrath als Wahlkommissär die zwei Abgeordneten.

Die achtundvierziger Demokraten erklärten das ganze Wahlsystem für ein Narrenspiel und enthielten sich der Wahl bis zur Zeit des Regierungsantrittes des derzeitigen Kaisers, Anfangs der sechziger Jahre. Die liberale Partei trat damals dem Ministerium Bismarck energisch entgegen, wobei sie das Volk hinter sich führte. Jede Kammerauflösung erhöhte und stärkte nur die entscheidende Opposition. Hierdurch wurde Bismarck dem Dreiklassenwahlsystem gram und er versuchte es deshalb auf Anrathen Lassalle's mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Reichstage. Die Liberalen sahen dem Experimente ängstlich zu, wie denn die liberale „Magdeb. Zig.“ Bismarck erst noch kürzlich den Vorwurf machte, gegen den Willen der Liberalen das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt und damit der Sozialdemokratie Thür und Thor geöffnet zu haben. Die liberalen Parteien haben das allgemeine gleiche Wahlrecht stets gehaßt und gefürchtet, und wenn Bismarck neuerdings daselbe abzuschaffen beschloßen hätte, würde er die große Mehrheit der „Liberalen“ auf seiner Seite gehabt haben. Denn dieser Partei ist es trotz aller hochtrabenden Phrasen nie um des Volkes Wohl zu thun gewesen, sondern war ihr stets nur ihr eigenes Partei- und Klasseninteresse maßgebend.

War es also verwunderlich, daß die Liberalen, wenn sie sahen, daß das Dreiklassenwahlsystem für sie arbeitete, dieses dem allgemeinen gleichen Wahlrecht vorzogen? Das „ungerechte, auf Bildung und Besitz gar keine Rücksicht nehmende“ allgemeine gleiche Wahlrecht war ihnen zufolge ja Schuld an ihrer Niederlage bei den letzten Reichstagswahlen. Und dem äußern Anscheine nach war dies auch der Fall, denn während im letzten preussischen Landtage 251 Liberale und Fortschrittler, 106 Zentrumsleute (und Polen) und 76 Konservative (und Freikonservative) saßen, war das Parteiverhältniß in dem aufgelösten Reichstage, welcher ungefähr zu derselben Zeit gewählt war, ein wesentlich anderes, indem sich in demselben neben 12 Sozialdemokraten, 13 Demokraten und Angehörigen verschiedener Protestparteien, 112 Zentrumsleuten (und Polen) und 80 Konservativen nur 183 Liberale (inkl. Autonomisten und Fraktion Löwe) und Fortschrittler befanden. Während also die

Liberalen im Landtage allein domirten, bildeten sie im Reichstage für sich allein gegen die andern Parteien die Minderheit.

Als nun gar die Auflösung des Reichstages nach den Attentaten erfolgte und die Liberalen „an die Wand gedrückt“ wurden, war die Verzweiflung über das gleiche Wahlrecht im liberalen Lager groß; und sie schrien nach den Fleischhöpfen Aegyptens, dem Dreiklassenwahlsystem mit offener Stimmabgabe. Das Dreiklassenwahlsystem wurde daher von den Liberalen stets nach Kräften konsekvirt.

Von Manteuffel seiner Zeit in die preussische Städteordnung eingeschoben, wurde auch die preussische Kreisordnung auf dies System aufgebaut. Großgrundbesitzer, Magistrate und Dorfschaften wählen die Kreisvertretung und diese die Provinziallandtage — das schönste Filtrirsystem, das man sich denken kann. Gerade diese von den Liberalen „ausgebaute“ Kreisordnung aber trägt nebst der ganzen politischen Haltung des preussischen Liberalismus mit am meisten zu dessen eben erfolgter schmählicher Niederlage bei. Denn man kann sich denken, daß die Rittergutsbesitzer in Folge der ihnen vom Abgeordnetenhaus bewilligten dominirenden Stellung alle Lasten von sich ab- und auf die Dorfschaften wälzten, welche durch Chausseebauten, Schul- und Armensteuern übermäßig in Anspruch genommen werden, während ihnen der bei der Lastenvertheilung frei ausgehende Gutsbesitzer die Chaussee entzweifährt, die Arbeiter ausquetscht und die Invaliden der Arbeit den Dorfschaften zur Erhaltung zuschiebt.

Solche Zustände, für welche das Kleinbürgertum mit Recht den Liberalismus verantwortlich machte, bewirkten, daß sich der früher liberale Kleinbauernstand vom Liberalismus, der ihm so viel versprochen und so wenig gehalten hatte, und unter dessen Herrschaft es nur immer schlechter geworden war, allmählig immer mehr und schließlich gänzlich abwendete. Außerdem erkannte das Volk schließlich die Ohnmacht des Liberalismus gegenüber der Regierung und besonders gegenüber dem allmächtigen Reichskanzler. Es ward der immerwährenden großspürigen Anläufe und steten jammervollen Rückzüge müde. Und da es stets nur Einen als Sieger sah, den es zudem von ganz Europa gefürchtet weiß und der ihm als Freund des Bauern und „kleinen Mannes“ geschilbert wird — war es da zu verwundern, daß sich ein großer Theil desselben, als die berühmte Parole „für oder gegen Bismarck“ ausgegeben wurde, für die erstere Alternative entschied und sich der Regierung und den ihr genehmen Konservativen zuwendete? Schlechter als die Liberalen konnten's die ja auch nicht machen. Der einsichtigeren Theil des Volkes aber beteiligte sich aus Ueberdruß an der unfruchtbaren Wählerei, und da ihm wirklich freigesinnte und für des Volkes Wohl nicht nur mit Worten, sondern auch mit Thaten eintretende Vertrauensmänner fehlten, einfach gar nicht an den Wahlen. Vielfach wählten nicht 5% der Wahlberechtigten!

Das Resultat war denn auch dementsprechend. Landrath, Gutsherr, Inspektor, Schulze und Piarret wählten, und der „Bruder Bauer“ wurde an die Wahlurne hinkommandirt. Welche Wirkung all diese zusammenwirkenden Umstände erzielten, zeigt am besten die nachfolgende Zusammenstellung. Es wurden gewählt:

Fortshr.	Nat.-Lib.	Zentr. u. Polen	Kreislos.	Kauf.	
in den vorigen Landtag:	66	185	106	34	42
„ „ „ „	86	111	114	47	125

„Demnach hat die Fortschrittspartei fast die Hälfte, die nationalliberale aber so ziemlich ein Drittel der bisherigen Stimm verloren, während die Konservativen ihre Zahl gerade verdreifacht haben! Einen solchen Denkfettel hat der Liberalismus bei dem Dreiklassenwahlsystem in Preußen seit zwanzig Jahren noch niemals erhalten.

Und aus welchen Elementen ist diese neue „Volksvertretung“ zusammengesetzt? Nicht weniger als 147 (gegen 86 im vorigen Landtag), also mehr als ein Drittel der Abgeordneten gehören zum Adel, 102 sind Ritterguts- und sonstige Großgutsbesitzer, 42 Landräthe, 38 höhere richterliche Beamte, 21 Pfaffen, 17 Fabrikanten, 4 aktive und 4 gewesene Minister, 11 Advokaten, 6 Professoren und ein ganzes Rudel von höheren und niedrigeren Staatsbeamten: Staatsanwälte, Kreishauptmänner, Amtmänner, Gefandte, Bergräthe, Buchhändlerdirektoren u. c. c. Die würdige Krönung des Gebäudes aber soll dadurch erzielt werden, daß man einen Oberpräsidenten (v. Achenbach) zum Präsidenten des Landtags ernannt! Wer da den Nutzen der Volksvertretungen, als Gegengewicht gegen die sonst übermächtigen Regierungen, nicht einsieht, an dem ist wahrlich Hopfen und Malz verloren.

Kommen wir nun zum Schlusse zu der Frage: Welches Interesse hat die ganze Angelegenheit für unsere Partei, welche sich doch bei diesen preussischen Landtagswahlen, wie bekannt, grundsätzlich gar nicht beteiligte?

Zuerst hat der bisher herrschende Liberalismus die beachtungswürdige Lehre empfangen, daß er sich durch seine beständige Nachgiebigkeit bei der Masse des Volkes unmöglich gemacht hat. Ferner ist das Vertrauen der liberalen Führer auf ihre Machtbeständigkeit durch das Dreiklassenwahlsystem vollständig zu Schanden geworden und scheint in Folge dessen die dringende Gefahr für das allgemeine gleiche Wahlrecht — denn diese war thatsächlich vorhanden — beseitigt. Denn der Liberalismus ist plötzlich anderen Sinnes geworden und erhofft von dem früher mit scheelen Augen betrachteten allgemeinen gleichen Wahlrecht seine Rettung; die Ultramontanen aber werden kaum je zu dessen Aufhebung mitthelfen, da ihre größte Macht die blinde Masse des Volkes ist.

Was aber die Hauptsache ist: die Kleinbürger und vorzüglich auch die Kleinbauern sind vom Liberalismus vollständig kurirt. Daß sie sich zum großen Theil augenblicklich den Konservativen in die Arme geworfen haben, kommt nicht allzusehr in Betracht, da ihnen die Augen auch hier bald genug aufgehen und sie sehen werden, daß sie von diesen ebensowenig als von ihren frühern Stimmführern Rettung zu erwarten haben. Und wenn sie zu dieser Ueberzeugung gekommen sind — was werden sie dann thun? Es gibt keine wirkliche Volkspartei als die Sozialdemokratie, und sie allein wird deshalb einen dauernden Gewinn aus der jetzigen Lage ziehen, wenn sie es versteht, sich dem bisher ihrem Einfluß größtentheils gänzlich ferne gebliebenen Kleinbauernthum zu nähern und ihm in seiner Sprache klar zu machen, wie es, gleich dem ganzen arbeitenden Volk, von ihr allein Hülfe und Rettung zu erwarten hat.

Hier ist ein dankbarer Acker für die sozialistische Agitation, und wenn auch seine Beplügung nicht mühelos ist, so ist doch eine reiche Ernte sicher. Denn der Zutritt der Agrarbevölkerung müßte unserer Partei einen niegesehenen Aufschwung geben.

Niemals aber ist die Gelegenheit, dies Ziel zu erreichen, günstiger gewesen als jetzt, wo die fraglichen Gesellschaftsklassen von der tiefgehendsten Unzufriedenheit mit den vorhandenen Zuständen befeuert sind und das Vertrauen, daß eine der bisherigen Parteien sie verbessern könne und wolle, theils schon völlig verloren haben, theils auf dem besten Wege, es zu verlieren, sind.

Also an's Werk und den Bohrer angelegt, wo das Brett am dünnsten ist — dann sollen unsere Segner bald die Splitter in's Gesicht fliegen!

Sozialpolitische Rundschau.

— Seitdem der deutsche Reichskanzler durch seine Wiener Reise Oesterreichs sicher geworden zu sein glaubt, schlägt nun auch die bisher ostentativ russenfreundliche offiziöse Presse einen ganz andern Ton gegen den „Erbfreund“ an und gesteht endlich zu, was andere vernünftige Leute längst gewußt haben, daß nämlich die ehemals so dicke preußisch-russische Freundschaft augenblicklich in ziemlich überwindener Standpunkt ist. Wir halten es für überflüssig, dem Beispiel der bürgerlichen Presse zu folgen und tiefgründige Betrachtungen über die Folgen dieser „Isolierung Rußlands“ anzustellen. Denn einigermaßen sichere Schlussfolgerungen lassen sich nur auf verlässigen, sicheren Grundlagen aufbauen, und solche bilden die politischen Aktionen, Bündnisabschlüsse und Freundschaftsaufkündigungen der heutigen Gewaltthäter, bei denen Habacht, Laune und zahllose andere unberechenbare Einflüsse eine so große Rolle spielen, keineswegs. Gutes entsteht aus dem diplomatischen Ränkespiel so wie so selten für die Völker; schlimmes aber kann die Vereinzlung des Herdes der finsternen Reaktion, Tyrannie und Barbarei ihnen kaum bringen. Es ist nur fraglich, ob dieser Zwist zwischen den beiden nordischen Militärespoten lange anhalten wird, denn beide sind viel zu sehr einander werth, als daß sie sich nicht bald in alter Freundschaft wieder finden sollten.

Mit dem Streit zwischen Regierung und Pfaffen ist's ja ebenso. Wenn man vor Jahren auf die Möglichkeit einer vereinigten Wiederversöhnung zwischen der kulturkämpferischen deutschen Regierung und dem unnachgiebigen Ultramontanismus hinwies und die Wiederaufnahme des Letzteren in Huld und Gnade der Regierung voraussetzte, lief man fast Gefahr, für verrückt gehalten zu werden. Und wie haben sich jetzt die Zeiten geändert! Die liberalen Kulturpauer liegen ohnmächtig zu Boden und das streitbare schwarze Fähnlein ist zur „Kerntruppe“ avanciert. Ja die Macht des Zentrums ist der Regierung bereits einigermaßen über den Kopf hinaus gewachsen, da es durch die Neuwahlen auch im preussischen Abgeordnetenhause eine ausschlaggebende Stellung erlangt und dadurch die Regierung zur Revidirung bestimmter, ihm unbequemer Gesetze drängen kann. Diese Veränderung der Position macht sich denn auch bereits allenthalben bemerkbar. Die Verhandlungen mit Rom werden eifriger fortgesetzt und scheinen in nicht weiter ferne zu greifbaren Resultaten zu führen, so daß das frühere rührende Einvernehmen zwischen weltlichen und geistlichen Zwingherren bald wieder platzgreifen kann. Um aber den Ultramontanen einwilligen den guten Willen zu zeigen und Abschlusssatzungen zu geben, reden die Minister und andere hohe Staatsbeamte nicht nur fleißig von der „Nothwendigkeit der Religion“, sondern lassen es auch an entsprechenden Thaten nicht fehlen. Zwei der hervorragendsten und bezeichnendsten Zeichen für die dormalen in Deutschland herrschende Strömung sind die Aufhebung einer Münchner Simultanschule und ihre Rückverwandlung in eine Konfessionsschule durch den bayerischen Kultusminister und das Verbot der Eröffnung der paritätischen Schule zu Elbing durch seinen preussischen Kollegen. Und in dieser Tonart geht's natürlich mit Grazie weiter.

Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind beider, den Sozialismus, wird in der gewohnten Weise fortgeführt. Von größtem allgemeinen Interesse sind diese Schrittsverbote, Verhaftungen u. in der Regel nicht, wenn sie auch die Einzelnen schwer schädigen und die Infamie der Reaktion charakterisieren. Dagegen hat es selbst in weiteren Kreisen Aufsehen erregt, daß die Regierung auf's Neue Ausweisungen in Berlin vorgenommen hat und zwar gleich vier auf einmal: nämlich den Tischler Meyer, den Schneidermeister Tiede, den Schuhmachermeister Bartsch, den Geräthfabrikanten Japsen und den Weber Goldt. Daß einige der Ausgewiesenen ihre Familien in den dürftigsten Verhältnissen zurücklassen, alle aber materiell schwer geschädigt werden — was kümmert sich darum der Staat, der hört der „Ordnung“ und des „Eigentums“? Die Gesetze und ihr Schug sind nur für die „ruhigen Bürger“, nicht für gemeingefährliche Sozialisten vorhanden. Die Letzteren wissen das freilich auch und richten sich darnach. Wie aber, wenn sie dereinst obenauf kämen und ihre Feiniger von heute nach dem biblischen: Aug um Aug und Zahn um Zahn behandeln würden? Wir glauben kaum, daß die Leute ihnen daran Gefallen fänden, sondern daß sie sofort über Rechtslosigkeit, Ungleichheit u. schreien würden. Aber es dünkt ihnen eben unmöglich, daß ihre Herrschaft einmal ein Ende nehme. Die Macht der Thatfachen dürfte sie wol früher, als man denkt, eines Besseren belehren.

— Die innern Zustände Oesterreichs entwickeln sich in einer Weise, wie wenn Bismarck bei seinem Wiener Besuch sie sich extra so bestellt hätte. Die Czechen, welche solange schmolend und großend heiserte gestanden, sind nach langen Verhandlungen mit der Regierung, die ihrer bedarf, um auf dem betretenen Weg der Annektionspolitik ungestört weiter gehen zu können und sich dem bisherigen überwiegenden Einfluß des Liberalismus zu entziehen, in die „Volksvertretung“ eingetreten und sind dort natürlich von der Regierung auf's Freundschaftlichste bewillkommen worden. Der Kaiser hat sogar ausdrücklich die der Verfassung unbekannte und von Regierung und Parlament bisher stets bekämpfte „Rechtsansicht“ der Czechen, nämlich das „böhmische Staatsrecht“ — welches Böhmen zu einem vollkommen autonomen Land und in ihm natürlich die Czechen zu unbedingten Herren machen soll — anerkannt, worüber die Liberalen höchlich erstaunt und entrüstet sind. Und doch ist daran wenig zu verwundern, denn diese Anerkennung ist einfach der Preis für

die Hilfsbereitschaft der Czechen gegen den Liberalismus. Was Letzterer in dieser Richtung zu gewärtigen hat, zeigte ihm schon die bei der Vizepräsidentenwahl zu Tage getretene kompakte Mehrheit der Rechten, welche durch den Hinzutritt der Czechen entstanden ist. Auf Grund dieses Abstimmungsresultates soll denn auch bereits im Ministerium eine Verschiebung nach rechts vor sich gehen. Der österreichische Liberalismus befindet sich demnach ebenfalls in keiner angenehmen Lage — wenn er auch nicht ganz so weit herabgekommen ist, wie der deutsche — und die Czechen spielen ihm gegenüber eine ähnliche Rolle, wie in Deutschland das Zentrum. Immer weiter nach Osten gehen, den Liberalismus vernichten, die Deutschen durch die Czechen abstoßen und verbittern, das polglatte Land noch mehr in sich theilen und spalten — kann man besser pour le roi de Prusse arbeiten?

Die österreichische Sozialdemokratie ist leider noch zu schwach, um die dormalige Situation nach Möglichkeit auszunutzen zu können und außerdem stehen ihr dabei selbst innerhalb ihrer Reihen noch vielfach die verzwickten Nationalitätsverhältnisse im Wege. Aber sie arbeitet, trotz aller Hindernisse und einem Druck der Regierung, welcher dem der deutschen nichts nachgibt, rüstig weiter und sucht sich namentlich innerlich zu stärken, zu reorganisiren und die im Kampf mit der Reaktion erhaltenen Verluste nach Kräften wieder auszugleichen. Als eine Frucht dieses lobenswerthen Strebens ist das Erscheinen eines neuen Zentralorgans für die österreichische Arbeiterpartei zu betrachten. Dasselbe wird vom 5. November ab in Reichenberg (Nordböhmen) unter dem Titel „Der Volksfreund“ erscheinen. Wenn sich auch vielleicht viele mit den Verhältnissen unbekannte Genossen verwundern mögen, daß der geistige Mittelpunkt der österreichischen Arbeiterbewegung so weit an die Peripherie verlegt ist, so muß die Wahl des Ortes doch als eine sehr günstige betrachtet werden, da gerade in jener industriereichen, dem benachbarten Sachsen in den Verhältnissen ähnlichen und in der Gesinnung verwandten Gegend die österreichische Arbeiterbewegung von jeher ihren festesten Posten hatte, der auch bisher am wenigsten von den vielen Streitigkeiten berührt wurde, welche die österreichische Arbeiterbewegung so schwer geschädigt haben und die leider noch immer nicht ganz beseitigt sind. Wir heißen den neuen Kampfgenossen von Herzen willkommen und wünschen, daß er der österreichischen Arbeiterbewegung ein erfolgreicher Führer, Organisator und Vorkämpfer sein möge!

— Eine jüngst vom holländischen statistischen Amt veröffentlichte Zusammenstellung der Staats-Einnahmen und Ausgaben und des Waarenverkehrs von 1876 liefert ein nettes Kulturbildchen von der „zivilisatorischen Mission“ der Europäer in Indien. Wie raffiniert dort die Ausbeutung der Eingebornen zu Gunsten — nicht des holländischen Volkes, sondern der herrschenden Klassen Hollands — betrieben wird, zeigen die Angaben des genannten amtlichen Werkes über Java. Die spekulativen Rynhers haben das bei ihrer Besitzergreifung auf Java vorgefundene altkommunistische Gemeineigentum an Feld vortrefflich zu ihrem Nutzen auszubenten gewußt, indem sie ihren Staat einfach an Stelle der alten, von den Gemeinden Steuern und Frohnden erhaltenden Häuptlinge setzten und bezüglich dieser Leistungen noch überdies Solidarfahrt der Gemeinden einführten. Diese Leistungen werden nun von den Gemeinden in der rückwärtschlechtesten Weise eingetrieben, wogegen die „zivilisirte“ Regierung den eingebornen Dorfborgigkeiten unbefristete Vollmacht gibt, ihre Angehörigen auf jede, auch die barbarischste Weise zur Leistung der sie treffenden binglichen und persönlichen Lasten anzuhalten. Auf diese Weise bezieht Holland von Java nicht nur jährlich 15 Millionen Gulden Steuern, sondern produziert vermittels der unbezahlten Frohndienste der Eingebornen bei einer Auslage von nur 15 Millionen Kaffee und Zucker im Werthe von 49 Millionen, so daß es sich jährlich nicht weniger als für 34 Millionen unbezahlte Arbeit aneignet. Damit aber noch nicht genug, zieht der edle Staat von Java auch noch einen weiteren Nettogewinn von 25 1/2 Millionen aus dem schmällichen, das Volk vergiftenden und es geistig, körperlich und materiell zu Grunde richtenden Opiumhandel.

Und für alle diese sabelhaften Leistungen erhalten die Javaner von Holland nichts als Beamte, Soldaten und — Pfaffen, von denen sie sich beherrschen, schinden und noch weiter privatim auslaugen lassen müssen. Wird das aber den armen „Wilden“ einmal zu viel und suchen sie ihr Joch etwas zu erleichtern, dann kommt die ultima ratio der modernen europäischen Zivilisation: blaue Bohnen und eiserne Zuckerrübe, und zwingt die lebendigen Arbeitsinstrumente, gedulbig und unterwürdig weiter zu schaffen. Das ist das Gesellschafts-Zweck der herrschenden Klassen, das sie nicht nur in fernen Kolonien, sondern soweit es geht und unter Beobachtung modernerer Formen auch in Europa durchzuführen und festzuhalten suchen.

— Belgien befindet sich gegenwärtig in einer durch die Heftigkeiten des turbulenten Pfaffenthums hervorgerufenen Erregung. Der an der Regierung befindliche Liberalismus hat bekanntlich ein Schulgesetz votirt, welches die Staatschulen ihres bisherigen konfessionellen Charakters entkleidet und die Religion aus der Schule dahin verweist, wohin sie allein gehört: in die Kirche. Dies Gesetz, welches bei konsequenter Durchführung allerdings geeignet ist, der unheilvollen Macht der Kirche über die Schule endlich ein Ende zu machen, wird nun von den in ihrem Bestehen bedrohten Pfaffen auf das heftigste angegriffen. Nicht nur, daß sie von Kanzel und Beichtstuhl gegen die „religionslose“ Staatschule wettern, sondern sie belegen auch alle Lehrer, welche an den Staatschulen wirken, sowie die Eltern, welche ihre Kinder in diese schicken, ja sogar alle übrigen Familienglieder und die Kinder selbst mit der kirchlichen Exkommunikation, welches Mittel bei der Beschränktheit der durch die Pfaffen mit Einwilligung des Staates systematisch verbummten Mehrheit des Volkes eine bedeutende Wirkung äußert. In vielen Gegenden, namentlich in Flandern und Henegau, findet eine Massendefertion der Kinder von den Staatschulen statt und auch zahlreiche Lehrer ziehen vor, sich mit der mächtigen Kirche nicht zu überwerfen und treten daher in die „freien“ katholischen Schulen über. Infolge dessen sind bereits über 1200 Staatschulstellen vacant und dürfte auch nicht so bald ausreichender Ersatz beschafft werden.

Diesen Feindseligkeiten gegenüber ist nun die Haltung der Liberalen eine mehr als schwächliche. Statt den herrschsüchtigen

Kultenträgern energisch gegenüberzutreten und offen auf eine vollständige Trennung von Kirche und Staat, die der Macht der Kirche am schnellsten und radikalsten ein Ende macht, hinzuwirken, beschränkt sich der so heftig angegriffene Staat auf den „passiven Widerstand“ und behandelt seine grimmigsten Feinde noch mit der größten Rücksicht. Ja, seine Verblendung geht so weit, daß er statt die Gelegenheit zur gründlichen Beseitigung alles pfäffischen Wusles aus der Schule zu benützen, selbst demonstrativ und in edelhaftester Weise religiöse Heuchelei treibt. So hat der Unterrichtsminister van Humbeck jüngst in einem Rundschreiben an die Provinzialgouverneure erläutert, daß durch das neue Schulgesetz keinerlei Veränderung in Bezug auf die bisherigen (religiösen) Gewohnheiten, die Gebete und religiösen Bilder und Embleme in den Schulen eingetreten sei, und daß an Stelle der Geistlichen nun die Lehrer den Religionsunterricht geben werden, indem sie ohne irgendwelche Kritik oder Erläuterung lediglich den Katechismus recitiren.“ Die Klerikalen haben ganz recht, wenn sie sagen, daß sich die „religionslosen“ Staatschulanhänger der Lächerlichkeit und Verachtung preisgeben, indem sie jetzt, wo die Religion gesetzlich aus dem Schulprogramm entfernt ist, Kreuzfahnen, Kreuzwegstationen und Heiligenbilder in den Schulen aufhängen und die Lehrer den Kindern einen Katechismus einpausen lassen, von dem sie selbst nicht ein Wort glauben.

Auf solche Weise wird man mit dem als Feind nicht zu unterschätzenden Pfaffenthum nimmermehr fertig und wenn die belgische Regierung nicht noch ganz andere Saiten aufzieht, namentlich auch der streitbaren Kirche durch Beseitigung des Kultusbudgets eine Lebensader unterbindet, dann wird der belgische Kulturkampf genau ebenso enden wie der Bismarckische. Der Liberalismus ist eben überall gleich lendentahm und impotent.

— In Frankreich nimmt die Agitation für die vollkommene Amnestie immer größere Dimensionen an und verursacht im Verein mit den wachsenden Sympathien für die Personen der nach einem langen Martyrium zurückgekehrten Kommunarorden und die von diesen verfolgte Sache eine tiefgehende Bewegung des Geistes, welche der Entwicklung der Dinge im Sinne des Sozialismus überaus günstig ist. Was seit mehr als acht Jahren in Frankreich eine äußerste Seltenheit gewesen, kann man jetzt auf allen Gassen hören: Die Propaganda für den Sozialismus. Während Louis Blanc und Blanqui im Süden vor begeisterten Versammlungen sprechen, ist in Paris letzter Zeit namentlich der — Friedhof eine Stätte der wirksamsten Agitation geworden, nämlich gelegentlich mehrerer Begräbnisse zurückgekehrter Deportirter. Besonders hervorzuheben ist in dieser Richtung das großartige Begräbnis des ehemaligen Nationalgardenhauptmanns Gras, bei welchem mehrere Nebener vor den zehn Tausenden, welche das Leichengeleite gaben, im sozialistischen Sinne sprachen. Ein Arbeiter, Namens Gauthier, richtete angehts des Grabes die Aufforderung an die Arbeiter, das von Gras mit begonnene Werk der Bekämpfung der Bourgeoisie fortzusetzen. „Es mag gut sein“, meinte er, „Neden zu halten; vor Allem aber müsse man handeln, von den Worten zu den Thaten übergehen.“ Lepelletier (von der „Marxseilais“) verherrlichte die Kommunards. „Ja“, rief er aus, „die Republik wurde erhalten durch die, welche, wie Gras, nicht im Augenblick der Gefahr verzweifeln, die kämpfen, litten, und die in Ermanglung des Sieges die Hoffnung bewahrt halten!“ Bürger Delaborde aber schloß seine fulminante Rede mit den Worten: „Im Namen meiner Freunde, aber auch als Proletarier, gebe ich meine Zustimmung mit den Worten, welche am Grabe dieses neuen Opfers des sozialen Krieges, dieses neuen Opfers der Sprechenden Rache, der Furcht der Bourgeoisie gesprochen wurden. Aber, Bürger, der Ruf: „Es lebe die Republik!“ läßt heute nicht mehr die, welche aus der Ausbeutung des Proletariats Nutzen ziehen, von denen, welche ihre Opfer sind, unterscheiden. Da wir, die Enterbten der sozialen Ordnung, unsern Antheil an der Erde, der Sonne, der Freiheit, auch unsern Antheil an dem Produkt der Arbeit der Vergangenheit haben wollen, so muß ein anderer Ruf ertönen, der jede Zweideutigkeit beseitigt. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ genügt uns nicht mehr. Proletarier! Fügen wir die proletarische Rückforderung hinzu. Rufen wir: „Es lebe die soziale Republik! Es lebe der Sozialismus!“ Auch in Versammlungen und Vorträgen wird der Sozialismus viel besprochen und die Nothwendigkeit der Bildung einer einheitlichen und aktionsfähigen sozialistischen Partei lebhaft erörtert.

Den Kämpfenden für die Amnestiebewegung ist neuerdings ein gänzlich unerwarteter Bundesgenosse erwachsen in — Gambetta's Leiborgan „République française“. Indes ist es dem Oppositionsblatt dabei natürlich keineswegs um die Sache des Rechtes und der Menschlichkeit zu thun, sondern handelt es sich lediglich um eine politische Finte. Einerseits will nämlich Gambetta den ihm in seiner Totalität nicht mehr genehmen Ministerium durch das Amnestiebegehren ein Bein stellen, andererseits empfindet er das Bedürfnis, sich bei den mächtiger werdenden radikalen Arbeiterthum wieder etwas zu rehabilitiren, was nicht nur sein unerwartetes Auftreten in der Amnestiefrage, sondern auch das fast noch unerwartete Eintreten der „Rép. frang.“ zu Gunsten der streikenden Pariser Buntsticker zeigt. Ob freilich die Pariser Arbeiter sich durch solche leicht durchsichtige Manöver so leicht täuschen lassen und sich willig als Werkzeug für die Pläne des Exultators gebrauchen lassen werden, ist mehr als zweifelhaft.

Vorläufig indes hat das Auftreten des Gambetta'schen Organs soviel erreicht, daß nicht nur die öffentliche Meinung sich weit lebhafter als bisher mit der Amnestie befaßt, sondern daß auch das Kabinets und die Kammerfraktionen bereits darüber berathen haben. Zwar haben sowohl das linke Zentrum und die republikanische Linke, als das Ministerium die volle Amnestie aufs neue abgelehnt, allein letzteres war keineswegs einstimmig, sondern stimmten zwei Minister (Freycinet und Lepère) für die Amnestie. Einen weiteren Stolz hat die Regierung durch die kürzlich erfolgte Wahl des vor Kurzem noch an die Galeerenkette geschmiedeten, jetzt amnestirten Kommunarorden Humbert, sowie die des ebenfalls amnestirten Bürger's Bouteiller zu Pariser Municipalräthen erhalten. Die neuesten erfolgte Anklage Humbert's wegen Glorifizierung der Kommune wird die Lage der Regierung kaum verbessern, voraussichtlich vielmehr sehr verschlechtern, denn der Unwille über diese Gewaltmaßregel ist ein allgemeiner. Die Tage des jetzigen Ministeriums sind offenbar ebenso gezählt wie diejenigen des Widerstands gegen die volle Amnestie überhaupt.

Der schließliche Triumpf in dieser Frage aber wird der Entwicklung der Dinge und der Sache des Sozialismus einen mächtigen Anstoß geben.

— Wie weit verlehre und unfähige Staats- und Gesellschaftsinstitutionen ein Land und Volk herabbringen können, dafür liefert den schlagendsten Beweis Italien, jenes von der Natur so bevorzugte Land, aus dem jeder Tag neue Nachrichten über den wahrhaft erschreckenden Grad von Elend bringt, in welchem sich die Ueberzahl des armen Volkes befindet, und das überdies in steter, rapider Zunahme begriffen ist. In vielen der schönsten Provinzen ist geradezu das höllische Problem gelöst, mit der größten Fruchtbarkeit des Bodens das denkbar größte Elend seiner Bewohner zu vereinigen. So werden die lombardischen Landarbeiter nach Professor Umilta's Ausspruch „schlechter als Hunde“ gehalten. Infolge dessen richten denn auch Krankheiten aller Art, besonders das Pellagra wahre Verheerungen unter der Bevölkerung an. Das Pellagra ist ausschließlich eine Krankheit des Elends oder vielmehr des äußersten Elends; denn es ist konstant, daß es lediglich durch den äußersten Mangel an Nahrung und die schlechte Qualität selbst dieser wenigen Lebensmittel in Zusammenhang mit der ungesunden Arbeit in den feueratmenden Reisfeldern entsteht, während gut genährte Menschen den letzteren Einflüssen weit besser widerstehen.

Diese schreckliche Krankheit besteht in einer krankhaften Veränderung des ganzen Organismus. Die Schleimhäute des Mundes und der Verdauungsorgane entzünden sich und machen die Aufnahme der elenden Nahrung fast unmöglich, die Muskelsubstanz nimmt ab und eine tiefgehende Störung der Funktionen des Nervensystems tritt ein. Eine qualvolle Aufregung, Schwindel und Schwäche bemächtigen sich des Kranken; die Haut verliert ihre Elastizität, wird bleifarbig, bekommt Blasen und Risse und fällt ab, sobald sie Luft und Sonne ausgeht ist. Ein bohrender Schmerz entsteht in Hirn und Rückgrat, Hände und Füße schlafen ein, Gesicht und Gehör nehmen ab und der „Pellagroso“ endet in einem typhösen Fieberdauere oder in Tobsucht. Um den Schrecken voll zu machen, ist die Krankheit auch noch erblich.

Bisher grassirte das Pellagra nur in der Lombardei, jetzt aber verbreitet es sich infolge des wachsenden äußersten Nothstandes immer mehr gegen Süden. Die der „Presente“ von Parma meldet, hat der Präfekt dieser Stadt die traurigsten Nachrichten über den Stand dieser Krankheit empfangen. In einer Gemeinde, Namens Siffa, ist bereits der dritte Theil, in dem Städtchen Barfi gar die Hälfte der Einwohner vom Pellagra ergriffen!

Aber auch, wo diese Pest nicht hindringt, ist deshalb das Volk nicht viel besser daran. Namentlich drückt die wahrhaft unerträgliche Höhe der zahllosen Steuern das Volk nieder und preßt ihm den letzten Groschen, der ihm etwa noch geblieben, erbarmungslos ab. Der weitaus größte Theil des italienischen Volkes nennt ohnehin nicht eine Handbreit Erde seines „Vaterlandes“ sein Eigen. Aber auch die Glücklichsten, welchen noch ein Parzellchen geblieben, werden durch die bestehenden Einrichtungen, vor allem durch die unfinnigen Steuern, schnellstens darum gebracht. Um das einzusehen, braucht man bloß die eben veröffentlichte Zusammenstellung aus Anlaß von Steuerrückständen erfolgter Zwangsversteigerungen von Grundstücken, welche in den Jahren 1873—1878 in Italien stattgefunden haben, zu lesen. Die Gesamtzahl derselben beträgt 35,075. Davon fallen auf Piemont 73, auf Ligurien 96, auf die Lombardei 185, auf Venetien 199, auf die Provinz Rom 205, auf die Emilia 676, auf Umbrien und Ancona 1072, auf Toscana 1803, auf die festländischen Provinzen Neapels 3597, auf Sicilien 6302 und endlich auf Sardinien die ungeheure Summe von 20,007 Zwangsversteigerungen!

Daß unter solchen Umständen und bei der systematischen Vernachlässigung der Schulbildung die Verbrechen gegen Eigenthum und Leben eine, ohne Unterbrechung all dieser Ursachen unbegreifliche Höhe erreicht haben und der Zustand der öffentlichen Sicherheit selbst in bewohnteren Gegenden sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist ebenso begreiflich, wie die zahlreichen Ausbrüche der Verzweiflung des Volkes, welche sich in lokalen Aufständen und Gewaltthätigkeiten Luft macht. Leider können freilich diese zu keinem günstigen Resultate führen. Das vermöchte bei der gänzlichen politischen Rechtslosigkeit des italienischen Volkes nun ein allgemeiner Aufstand, dem aber eine richtige Erkenntniß der eine Vesserung herbeiführenden Mittel und Prinzipien und die weiteste Verbreitung derselben im Volk, sowie vor allem auch die Organisation eines tüchtigen zielbewußten Kerns vorausgehen müßte. Von alledem aber sind bis jetzt kaum erst die elementarsten Anfänge vorhanden. Was aber an sozialistischer Agitation existirt, wird von der herrschenden Klasse — gleichviel von welchem der einander ununterbrochen ablösenden Ministerien — aufs entsetzlichste und niederträchtigste niedergedrückt. Die italienische Regierung und ihre Staatsanwälte haben für die Sozialisten die Bezeichnung „malfattori“ (Missethäter) erfunden und lassen dieselbe als solche von ihren Gerichten in die Kerker werfen. Wo aber die Gerichte nichts ausrichten können, da wenden die Behörden die für eigenthums- und lebensgefährliche Subjekte eingeführte Institution der ammonizione (Polizeiaufsicht) und des domicilio coatto (Zwangsausenthalt auf einer Insel) an.

Daß trotz alledem die sozialistische Bewegung überhaupt noch existirt, ja daß in neuerer Zeit gelegentlich mehrerer Sozialistenprozesse in Bologna, Carrara, Modena, Genua, Forli, Livorno u. s. sich sogar an zahlreichen Orten lebhaft Sympathien für die „Missethäter“ gezeigt haben — das ist ein Zeichen, daß sich in Wahrheit selbst durch die dickste Finsterniß von Unwissenheit und Vorurtheil endlich Bahn brechen muß, und gibt die Gewißheit, daß auch für den italienischen Sozialismus einst noch bessere Tage kommen und er dann ein Wachsthum werden wird, mit dem die Regierung und die Parteien nicht nur zu rechnen haben werden, sondern der ihnen auch allmähig allen über den Kopf wachsen wird.

— Der Sozialismus hat nun auch in Rumänien Eingang gefunden, d. h. er beginnt, wenn auch vorläufig noch langsam, sich auch unter einheimischen Volkstheilen auszubreiten, während die dortigen Anhänger des Sozialismus bisher fast ausschließlich aus Deutschen, Italienern und einigen Serben bestanden hatten. Der unerwünschten Propaganda dieser Männer ist das erzielte Resultat denn auch wesentlich zu danken, wobei freilich die zwei Krebskübel des Donaustaates energisch mitwirkten: die

unerhörte Partei- und Beamtenkorruption und die total zerfallenen wirtschaftlichen, namentlich Ackerbau-Verhältnisse. Demnach soll auch, und zwar in Braila, ein rumänisches sozialistisches Organ erscheinen.

— Die zwar — in Folge der Unentwickeltheit der Industrie einerseits, und der noch außerordentlichen Macht der Pfaffen über die systematisch verdummte Bevölkerung — kleine, aber rührige sozialistische Partei Portugals trifft bereits ihre Vorbereitungen für den Anfangs Januar n. J. in Porto stattfindenden (vierten) Jahreskongress. Der Zentralrath fordert die Genossen durch die zwei Parteiorgane O Protesto und O Operaio auf, Anträge hinsichtlich der Aufstellung der Tagesordnung auf Mitte Oktober einzubringen. Ebenso kündigen die genannten Organe die Herausgabe eines Parteiabenders für 1880 an, welcher hauptsächlich für die Propaganda berechnet und deshalb in einer großen Auflage hergestellt werden soll.

— Die agrarische Bewegung in Irland nimmt ihren unausgesetzten Fortgang und fängt an, die herrschenden Klassen Englands, welche sie lange als geringfügig und als das Werk einiger arbeitsscheuer und eigenthumsgefährlicher Subjekte darzustellen suchten, lebhaft zu beunruhigen. Auch die Regierung hat bereits begonnen, Stellung zu der Bewegung zu nehmen, indem sie — Militär nach den Hauptstützen derselben sandte, „um die öffentliche Ruhe und Ordnung und die Sicherheit der bedrohten Grundbesitzer sicher zu stellen“. Indessen dürfte die Regierung durch solche Gewaltmaßregeln, welche die ohnehin schon aufgeregten und zwar national und sozial erregten Irländer noch mehr aufreizen müssen, kaum ihren Zweck, die Agitation unwirksam zu machen und die verworrenen irischen Grundverhältnisse zu Gunsten der halbfeudalen Landlords — von denen 744 die Hälfte von Irland besitzen — zu konserviren, erreichen, sondern damit eher Del ins Feuer gießen und die Bewegung auf die Spitze treiben.

Neuerdings hat das leitende Komitee der Agitation, um dieselbe immer unvordringlicher zu machen, ein Manifest an das irische Volk über die ganze Erde, hauptsächlich an die irischen Abkömmlinge in den Vereinigten Staaten ergehen lassen, in welchem es seine Landleute um ihre moralische und materielle Unterstützung ersucht, um die Irländer in der Heimath in dem Bestreben zu fördern, eine vollständige Umwandlung in den Grundeigenthumsverhältnissen herbeizuführen. Die gegenwärtigen Grundbesitzer sollen gegen entsprechende Entschädigung durch den Staat ihren Besitz an Ackerland an die gegenwärtigen Bewohner derselben abtreten; die 600,000 irischen Farmer, welche keinen Boden besitzen, sollen in den vollen Besitz des von ihnen bebauten Landes treten. Um diesen Zweck zu erreichen, fordert das Komitee zur Bildung von Vereinen und Agitationsfonds auf, um durch einträchtiges Zusammenstehen und energisches Auftreten das englische Parlament zu einer Emanzipation der irischen Pächter und einer vollständigen Neuordnung des Grundbesitzes zu zwingen. Uebrigens soll neben diesen radikalen Endzwecken der Bewegung auch der nächste Zweck — unmittelbare Erleichterung der bedrängten Bauern durch Pachtreduktionen — nicht aus den Augen verloren werden. Das ganze Manifest ist in einem durchaus würdigen Ton gehalten und erweckt die Sympathien jedes nicht durch Vorurtheile und Interesse Geblendeten. Bei den herrschenden Klassen Englands wird es freilich eine desto abfälliger Aufnahme finden, indessen wird man auch dort bald gezwungen sein, sich zu einer Reform der irischen Landverhältnisse zu verstehen, wenn man die grüne Insel nicht in einem beständigen Kriegszustand mit all seinen schädlichen Folgen auch für die Unterdrückten selbst erhalten will.

Berichte.

— Kl. Bromberg, 15. Oktober. Im benachbarten Thorer Arris hat sich vor Kurzem ein Fall von empfindlichem Uebermuth und bestialischer Rohheit eines Arbeitgebers ereignet. Ein bejahrter Landarbeiter, der bei dem Pächter Breder zu Kurzynno bei Oniewowo als Anecht in Dienst war, verließ diesen Dienst, da Breder ihm eine ihm selbst gehörige Kuh widerrechtlich nicht aus dem Stalle lassen wollte. Als der Pächter hierüber mit „seinem“ Arbeiter und dessen erwachsenen Sohn in Streit kam, holte er ein Gewehr herbei, lud es vor den Augen der Arbeiter und drohte ihnen, wenn sie sich nicht augenblicklich unter Zurücklassung ihrer Kuh von seinem Gut entfernen würden, sie „wie tolle Hunde“ niederzuschießen, wobei er auf den älteren Arbeiter anlegte. Als nun des letzteren Sohn zur Rettung seines Vaters herbeilief und dem Breder das Gewehr mit einer Witzgabel aus der Hand zu schlagen versuchte, drückte der Rohbube von Pächter ab und schoß den Arbeiter kalten Blutes nieder. Die sonst so löwrausige Behörde aber mußte den Mörder nicht nur selbst zu finden, sondern fand sich selbst auf eine Anzeige seitens des Vaters des Ermordeten nicht zu einer Verhaftung des Mörders bewegen. Freilich wird derselbe doch schließlich voransichtlich von den Bourgeoiskollegen freigesprochen. Was liegt auch an einem Arbeiter, besonders heute, wo man viel zu viel von dem Paß hat!

— O. Aus Oesterreich, 15. Oktober. In Wien hat sich vor kurzem vor dem Landesgericht ein Prozeß abgepielt, welcher, an sich klein und unbedeutend, ein grelles Streiflicht auf unsere „beste der Welten“ wirft. Angeklagt war die Rechnungsbredenten-Wittwe Marie Hoch, über welche die Verhandlungen folgendes ergaben: Die Angeklagte, Mutter mehrerer Kinder, saß seit Jahren mit den paar Pfennigen Pension, welche ihr der großmüthige Staat gewährt, und ihrer Hände Arbeit mühselig genug durch's Leben. In Folge des allgemeinen Arbeitsmangels aber fiel dieser letztere Verdienst, trotz aller Bemühungen der fleißigen Frau bald weg und diese sah sich der größten Noth überliefert. Um mit ihren Kindern nur leben zu können, mußte sie ihre Pension im vorhinein bei Wucherern verpfänden, welche sich nicht scheuten, an der Armen ein gutes Geschäftchen von einigen hundert Prozent zu machen, so daß für die Beamtenwitwe bald auch noch die paar Gulden Pension hinwegflogen. Man wanderten bald auch noch das letzte Stück Kantrath, ja selbst die unentbehrlichsten Kleidungsstücke zur Friftung des Lebens ins Verkaufshaus, die Mutter ward vor Hunger und Kummer krank und die Kinder bettelten. Der Staatsanwalt Bamejan fand die Kerne in einer Manufakturkade, auf altes Stroß gebettet und nur mit ein paar Kleiderstücken zugedeckt, einem Gerippe gleich.

Und was führte diese Frau jetzt vor Gericht? Der Anklage zufolge hat sie ihre Kinder „unter Lösserungen“ aufgefodert, an kein göttliches Wesen zu glauben, da es kein solches geben könne, weil es sonst nicht solche Leiden unschuldiger Menschen zulassen könnte. In dieser, durch die bitteren Erfahrungen der Wittwe ebenso erklärlichen, als vollkommen vernunftmäßigen und unbestreitbaren Schlussfolgerung, erblickt nun die Staatsbehörde ein „Ver-

brechen der Religionsförderung“ und beantragt, die bereits durch alle Prüfungen Gegangene zu guter Letzt auch noch ins Gefängniß zu schicken! Die Angeklagte, welche wegen Mangel der nöthigen Kleidungsstücke nicht vor Gericht erscheinen konnte, richtete nun eine ihre verzweifelte Körper- und Seelenverfassung so eindringlich schildernde Eingabe an das Gericht, daß dasselbe wohl nicht ohne Weiteres zur Verurtheilung schreiten konnte, sondern beschloß — den Geisteszustand der Angeklagten untersuchen zu lassen!

Brave und fleißige Menschen erst schuldlos dem Elend und der Verzweiflung anheimfallen zu lassen und sie dann, wenn sie aus Erfahrung die „göttliche“ und menschliche Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsverhältnisse kennen und verabscheuen gelernt haben, wegen letzterem auch noch als Verbrecher oder Narren zu behandeln — ist das nicht eine herrliche Weltordnung? Und wie schlecht müssen nicht Menschen sein, welche dieselbe „umzustürzen“ und zu ändern streben, wie es die infamen Sozialdemokraten thun! —

Soeben erscheint an Stelle unserer verbotenen Blätter „Proletarier“ und „Freiheit“ ein neues: „Die Zukunft“. Nach den bisher mit unserer sauberen Verhölzung gemachten Erfahrungen darf man sich zwar über das Prosperiren des Blattes keinen allzu großen Hoffnungen hingeben. Indessen wollen wir Sozialisten wenigstens thun, was in unseren Kräften steht. Möge „Die Zukunft“ gedeihen, soweit es ihr in der gegenwärtigen Stille überhaupt möglich ist, und die Unterstützung der Arbeiter finden.

Volksbuchhandlung HOTTINGEN-ZÜRICH.
Centrallager
Sozialdemokratischer Literatur.

Jahrbuch

für
Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Herausgegeben von
Dr. Ludwig Richter.

I. Jahrgang. I. Hälfte. gr. Octav 20 Bogen stark, broch. Preis für Arbeitervereine nur Fr. 3. 50 (im Buchhandel Fr. 4. 50).

Bei der eminenten Bedeutung der sozialen Frage, die immer weitere Kreise nicht nur interessiert, sondern thatsächlich auch beschäftigt, lag das Bedürfnis nach einem durchaus objectiv gehaltenen Jahrbuch für Sozialwissenschaft geradezu in der Luft; Herausgeber und Verleger sind durch die allseitige Anerkennung und Unterstützung, welche die Idee des „Jahrbuchs“ überall fand, ganz besonders darin bestärkt worden, dass über die Nützlichkeit eines solchen Unternehmens wohl kaum irgendwo Zweifel erhoben werden können.

Obiges Werk sollte in keiner Bibliothek eines vorwärtsstrebenden Arbeitervereins fehlen.

Die zweite Hälfte erscheint zum Januar 1880.

Diese Arbeit ist, ungeachtet ihrer ruhigen Objectivität, in Deutschland auf Grund des Sozialisten-Gesetzes verboten. Ein Grund mehr für jeden wahrhaft freisinnigen Mann, sich das Jahrbuch anzuschaffen.

Hottingen-Zürich.

Durch uns ist zu beziehen und empfohlen wir:

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. — Mk. 1. 50.

Dieses Buch ist eine der trefflichsten Erscheinungen der neueren sozialistischen Literatur, nicht allein weil es die ganze grosse Frage über die der Frau zukommende Stellung in der Gesellschaft in einer für jeden Einsichtsvollen befriedigenden Weise zur Lösung bringt, sondern auch, weil es so verständlich und anregend geschrieben ist, dass es sich ganz besonders zu einer nachhaltigen Agitation für die sozialistischen Prinzipien und zur Gewinnung der Frauen für die Arbeiterbewegung eignet. Es sei deshalb allen Gemossen zur energischen Verbreitung empfohlen.

Bei uns ist ferner zu beziehen:

Der Republikaner.

Illustrierter Volkskalender für 1880.

Gegründet von

Reinhold Rüegg.

Preis 50 Ct.

Der Kalender ist ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes und sehen wir zahlreichen Bestellungen entgegen.

Inhalt: Unsere Lösung, Gedicht von J. G. Herder. — Kalendardium mit interessanten Angaben über die Temperatur- und Witterungsverhältnisse, sowie über die Niederschlagsmengen während des Jahres 1880 an den wichtigsten meteorologischen Punkten der Schweiz und anderer Länder, sowie einer Abhandlung über die fertigen und im Werden begriffenen Gestirne, von Professor Dr. A. Weilenmann. — Zahlreiche Notizen über wichtige geschichtliche Ereignisse und Geburts- und Sterbetage berühmter und berühmter Männer. — Vollständiges Verzeichniss der Jahr- und Viehmärkte der Schweiz mit Angabe der bedeutenderen Märkte der angrenzenden Länder. — Das verlorene Kind. Ein Bild aus dem Leben, von C. Lübeck. — Beleidigung und Rache. — Es sollen erst Alle satt werden. — Ehrlichkeit und Männlichkeit. — Adel und Arzt. — Der Kampf ums Dasein. — Die älteste Bergbahn der Welt (mit 6 Illustrationen), von Adolf Ott. — Eine kritische Stunde. — Die Liebe, Gedicht von Georg Herwegh. — Glückliche, Gedicht von Fr. v. Bodenstedt. — Ueber Fahrhaberversicherung, von H. Stüssi. — Philosophie in der Kinderstube. — Im Schneegestöber (mit Illustration), von — g. — Joh. Casp. Sieber (mit Portrait), von E. Schönenberger. — Sprüche. — Ein wahrhaft liberaler Schweizerbürger. — Geistesbildung (Arabische Sprüche). — Oktoberphantasie (mit Illustration), von R. Rüegg. — Essen und Trinken. — Die Meisterstücke des Kochs. — Das Wirthshaus. — Die Vaterlandskunde bei den schweizerischen Rekrutenprüfungen, v. J. J. Schneebell. — Jakob Stämpfli (mit Portrait), v. J. S. — Eine Erinnerung. — Die Korruption. — Ausspruch von Thiers. — Arm und Reich, Gedicht von Julius Kell. — Ein Hochverrath ohne Gleichen, von Max Kegel. — Jedes junge Mädchen. — Eine Frau. — Wein und Liebe. — Fürsten. — Ein neu Wilhelm-Tellen-Lied. — Ueber Schutzvoll. — Sprüche. — Ueber das Duell, von Claude Tillier. — Zwei Dutzend Sprüchewörter. — Die Unverschämtheit. — Triumphe naturwissenschaftlicher Forschungen, Skizze von Dr. Arnold Dodelport. — Thiers und das Exil. — Unter dem Drucke der Gewalt. — Die vier Viertel des Lebens. — Mozart und Haydn. — Der grösste Gründer. — Förster Eichelkraut und der freisinnige Turner. Eine heitere Geschichte aus schwerer Zeit, von Max Kegel. — David und Goliath. — Annoncen.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Wiederverkäufer werden gesucht bei hohem Rabatt.